

## **Vom Regionalgeld zum nationalen Parallelgeld – Ein Beispiel: die griechische Drachme**

1. Begrüßung und Einführung in das Tagungsthema – insbesondere über den zu strengen Euro – Eckhard Behrens, Heidelberg .....2
2. Das Regiogeld als Bürgerinitiative – Christian Gelleri, Rosenheim .....7
3. Grußwort, Dr. Michael Vogelsang ..... 10
4. Nationale Parallelwährungen in der Euro-Währungsunion – Prof. Dr. Thomas Huth, Uni Lüneburg..... 11
5. Nationales Parallelgeld als staatliche Initiative – Eckhard Behrens, Heidelberg ....14
6. Technische und rechtliche Fragen zum nationalen Parallelgeld – Dr. Hugo Godschalk, Frankfurt am Main ..... 15

*Fertigstellung des Berichts am 19.12.2011*

*Berichtersteller: Timm Cebulla, Volkswirt, FU Berlin*

*Anmerkung zum Bericht: Der Bericht gibt weitestgehend den Inhalt der Vorträge der Referenten und der Beiträge der Teilnehmer wieder, und ist ergänzt durch inhaltliche Erklärungen mancher Fachwörter oder mancher SffO-Positionen bzw. –Thesen.*

# 1. Begrüßung und Einführung in das Tagungsthema – insbesondere über den zu strengen Euro<sup>1</sup> – Eckhard Behrens, Heidelberg

## 1.1. Rückblick auf die Zeit vor der Krise: Great Moderation und Euro-Einführung

Eckhard Behrens führte in die Thematik der Tagung ein, indem er bis in die Zeit vor der Finanzkrise zurückblickte und die Entwicklung der Inflation erläuterte: in der Zeit der so genannten „**Great Moderation**“ (etwa 1980-2007) sanken die Inflationsraten bis auf die schließlich von der EZB angestrebte Größenordnung von „nahe, aber unter 2%“ ab, während auch die Volatilität (Schwankungen) der Inflation abnahm. Das Ziel der EZB ist als ein 2%-Sicherheitsabstand von der Deflation zu interpretieren, was der Tatsache Rechnung trägt, dass schon bei voller Preisniveaustabilität deflationäre Tendenzen auftreten, und dass eine Deflation für eine Zentralbank schwieriger beherrschbar ist als eine Inflation<sup>2</sup>. In den Vorkrisenjahren hat die EZB ihr Ziel sehr gut erreicht, und außerdem wiederholt sie es gebetsmühlenartig bei jeder Gelegenheit. Daher gelang es ihr erfolgreich, in den Köpfen aller Marktteilnehmer Inflationserwartungen von 2% im Euroraum zu verankern. Daran änderten auch die sehr starken Inflationsschwankungen ab Beginn des Jahres 2008 nichts (Anfang 2008 bis Mitte Juli 2008 kam es zu einem starken Inflationsanstieg und danach zu einem drastischen Fall der Inflationsrate bis unter 0 %).

Behrens setzte seine Einführung mit einigen Worten zur **Euroeinführung** fort. Die EU-Verträge schreiben vor, dass ein Staat im Falle der Erfüllung der Konvergenzkriterien dazu verpflichtet ist, den Euro einzuführen. Ausnahmen gelten für Dänemark und Großbritannien, die für sich Sonderregelungen verhandelt hatten.

Zum Zeitpunkt der Euroeinführung war die **DM** recht stark bewertet im Vergleich zu den Währungen anderer europäischer Länder. Da diese Wechselkurse im Zuge der Euroeinführung fixiert wurden, und dies einer Aufwertung der DM gleichkam, welche deutsche Produkte (Waren und Dienstleistungen) im Vergleich zu den Produkten anderer Länder teurer machte, litt die Nachfrage nach deutschen Produkten. Daher war die Arbeitslosigkeit folglich relativ hoch. Um deutsche Produkte im Vergleich zu den Produkten anderer Länder wieder günstiger und damit nachgefragter zu machen, wurden Lohnkosten senkende Maßnahmen getroffen (Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, Ausbau des Niedriglohnssektors), die auch Reallohnsenkungen bedeuteten. Dies wird auch „interne Abwertung“ genannt, und ist heute auch eine – diskussionswürdige – Option für Griechenland. Heute steht Deutschland im europäischen Vergleich aufgrund der zu anderen Ländern gesunkenen realen Lohnkosten sehr gut da: Die Arbeitslosigkeit ist so gering wie lange nicht mehr, die Auftragslage ist gut, die Steuereinnahmen fallen höher als erwartet aus und die Zinskosten für Staatsanleihen sind relativ gering.

---

<sup>1</sup> Vgl. Eckhard Behrens, „Euro- oder Schuldenkrise?“, ZfSÖ Folge 170/171, Oktober 2011

<sup>2</sup> Wenn potenzielle Marktnachfrager erwarten, dass die Preise konstant bleiben, haben sie keinen Druck, ihr Geld auszugeben – im Gegensatz zu den Marktanbietern, die immer einen Druck haben, zu produzieren und zu verkaufen. Dieser Druckunterschied führt zu sinkenden Preisen und deflationären Tendenzen, d.h. die Marktteilnehmer erwarten weiter sinkende Preise. Wieder andere Zustände herbeizuführen, ist für eine Zentralbank schwierig, wenn sie dazu lediglich die Leitzinsen senkt und dadurch mehr Zentralbankgeld in Umlauf bringt, da dieses Geld genau wie das sich bereits in Umlauf befindende Geld zu langsam umläuft, d.h. zu langsam ausgegeben wird. Die Zentralbank muss (zusätzlich) etwas anderes tun: sie muss die Marktteilnehmer zu dem Glauben bringen, dass die Preise *steigen* werden. Erst solche Inflationserwartungen führen zu mehr Druck auf die potenziellen Marktnachfrager, ihr Geld auszugeben. Genau solche Inflationserwartungen (i.H.v. 2%) hat die EZB geschaffen.

## 1.2. Status Quo und die altbekannten Optionen Griechenlands

In **Griechenland** dagegen herrscht derzeit hohe Arbeitslosigkeit und Unternehmen stehen still (sprich: sämtliche Produktionskapazitäten sind unterausgelastet bzw. Ressourcen werden nicht verwendet, sondern verschwendet), und der Staat ist in seiner Handlungsfähigkeit stark eingeschränkt.

Wie der griechische Staat wieder handlungsfähig werden kann, stand nicht direkt im Zentrum der Tagung, wurde jedoch kurz angesprochen. **Langfristig** muss zur staatlichen (fiskalischen) Handlungsfähigkeit die Privatwirtschaft laufen, d.h. **durch zusätzliche Nachfrage müssen die Produktionskapazitäten stärker ausgelastet werden**, damit Steuereinnahmen sprudeln (gegeben eine effiziente Steuereintreibung), und damit die Kreditwürdigkeit wieder aufgebaut wird. **In der kurzen Frist muss Griechenland in ausreichendem Umfang von seinen Altschulden befreit werden.** *Erstens*, weil Griechenland seine Altschulden weder durch die Aufnahme neuer Schulden noch durch Sparmaßnahmen sinnvoll tilgen kann; Neuschulden sind viel zu teuer geworden und bedeuten eine Verschärfung des Problems; Sparmaßnahmen bedeuten, dass der Staat die Gesamtnachfrage noch mehr schwächt, sein Volk gegen sich aufbringt, das Investitionsklima verdirbt, und damit abermals die Gesamtnachfrage schwächt – mit entsprechenden Folgen für die Steuereinnahmen. Neben diesen v.a. konjunkturpolitischen Gründen ist ein Schuldenschnitt auch aus – *zweitens* – ordnungspolitischen Gründen erforderlich. Es entspricht den marktwirtschaftlichen Prinzipien, dass die Marktteilnehmer für ihr freies Handeln auch selbst haften und die Verantwortung tragen. Die Gläubiger Griechenlands haben sich selbst dazu entschieden, diesem Land Kredit zu geben und damit ein gewisses Risiko einzugehen. Diese Entscheidung und eventuelle Fehleinschätzungen des Risikos haben die Gläubiger selbst zu verantworten, und entsprechende Konsequenzen zu tragen. Außerdem ist ordnungspolitisch auch erforderlich, dass die Souveränität Griechenlands nicht länger als nötig eingeschränkt wird. Folglich ist ein Insolvenzverfahren mit absehbarem Ende der derzeit erlebbaren Situation vorzuziehen, in der eine zeitlich unbestimmte Einmischung von außen stattfindet.<sup>3</sup>

**Im Zentrum der Tagung stand das erste Problem, also wie die Steigerung der Nachfrage nach griechischen Produkten bewerkstelligt werden kann, damit die Produktionskapazitäten ausgelastet werden**, d.h. damit die hohe Arbeitslosigkeit überwunden wird und auch brachliegendes Kapital wieder genutzt wird. Das hat – wie oben schon erwähnt – natürlich wichtige Rückwirkungen auf die Handlungsfähigkeit des Staates, weil Steuereinnahmen sprudeln und die Kreditwürdigkeit wieder aufgebaut wird. Im Folgenden angesprochen werden die altbekannten Optionen (die oft auch mit „Verbesserung der (internationalen) Wettbewerbsfähigkeit“ überschrieben werden):

- Produktivitätssteigerungen
- Euro-Austritt, verbunden mit einer (äußeren) Abwertung
- „Interne Abwertung“

**Produktivitätsverbesserungen** würden die Nachfrage nach griechischen Produkten erhöhen, weil diese besser oder billiger würden, und damit das Problem der schlechten Auslastung der Produktionskapazitäten entschärfen. Strukturelle, produktivitätssteigernde bzw. kostensenkende Veränderungen sind in Griechenland vor allem auf wirtschaftspolitischer Ebene nötig und auch

---

<sup>3</sup> Siehe auch Eckard Behrens, Leserbrief in der FAZ vom 12.11.2011 auf Seite 19, beziehend auf die Leitglosse Nonnenmachers vom 05.11.2011, zu finden auch unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/krise-der-eu-das-realitaetsprinzip-11517632.html>

möglich; Beispiele wären der Abbau von Wettbewerbsschranken (eine Taxi-Konzession in Athen kostet 100.000,- Euro) und eine bessere Durchsetzung von Gesetzen (statt z.B. Duldung von Vetternwirtschaft etc.). **Zwei Probleme** muss man nennen: Erstens brauchen die produktivitätssteigernden Veränderungen Zeit, Zeit, die Griechenland nicht hat. Zweitens gibt es ein Problem, das durch Produktivitätssteigerungen nicht gelöst, sondern nur anders auf die Länder verteilt wird. Das Problem heißt: Insgesamt gibt es nicht ausreichend Nachfrage, sodass alle Produktionskapazitäten in allen Ländern voll ausgelastet sein können. Zusätzliche Nachfrage nach griechischen Produkten und eine bessere Auslastung griechischer Produktionskapazitäten kann es so nur auf Kosten geringerer Nachfrage nach ausländischen Produkten und geringerer Auslastung ausländischer Produktionskapazitäten geben, und umgekehrt. Dass eine hohe Produktivität alleine nicht das Ende aller Probleme ist, zeigt sich beispielsweise an Deutschland: trotz der international vergleichsweise hohen Produktivität gibt es keine Vollbeschäftigung aller Produktionskapazitäten.

Der von manchen Ökonomen wie z.B. Hans-Werner Sinn befürwortete Weg heißt **Euro-Austritt, verbunden mit einer (äußeren) Abwertung** der dann wieder eingeführten nationalen griechischen Währung. Das Ausland kann diese Währung dann günstig kaufen, um damit mehr griechische Produkte zu kaufen (d.h. die Exportnachfrage steigt). Griechische Produktionskapazitäten werden also besser ausgelastet, und entsprechend mehr Griechen haben ein Einkommen. Dieser Weg hat allerdings **zwei Nachteile**: Erstens verlieren wieder im Gegenzug ausländische Produktionskapazitäten Nachfrage und werden schlechter ausgelastet. Dies geschieht hier durch eine Verbilligung aller griechischen Produkte relativ zu ausländischen Produkten, was mit – zweiter Nachteil – Einkommenseinbußen in einigen Sektoren und mit Kaufkrafteinbußen bei Importen einhergeht.

Im Gegensatz zu der zuvor besprochenen „(äußeren) Abwertung“ gibt es auch die Option einer „**internen Abwertung**“: hier werden die Produktionskosten gesenkt, allerdings jenseits von Produktivitätssteigerungen. Beispiele sind Reallohnsenkungen (wie nach der Euro-Einführung in Deutschland) oder auch Unternehmenssteuersenkungen. Die **zwei Nachteile** hier sind identisch den Nachteilen einer äußeren Abwertung.

### 1.3. Die alternativen Ideen des SffO

**Dass SffO vertritt allgemein die Ansicht, dass der Kampf um mangelhafte Nachfrage<sup>4</sup> (sei es durch äußere oder „interne“ Abwertung) überwunden werden muss**, indem *insgesamt* mehr Nachfrage vorhanden ist, **sodass alle Produktionskapazitäten in allen Ländern voll ausgelastet sind** (Vollbeschäftigung sowie volle Nutzung des Kapitals).<sup>5</sup>

**Die Tagung hatte diese Zielsetzung nicht für alle Länder, sondern nur für Griechenland.** Da es so besonders schlecht um Griechenland steht, und niemand so richtig weiterweiß, stünden die Chancen relativ gut, nicht dem Mainstream entsprechende Lösungen in die öffentliche Debatte zu tragen und vielleicht auch einfach mal auszuprobieren. Die Situation in Griechenland könne nur besser werden, so Behrens. Wenn in Griechenland positive Erfahrungen mit

---

<sup>4</sup> ...der nicht nur wie beschrieben zwischen Ländern stattfindet, sondern auch zwischen einzelnen Produzenten (im selben Land). Dieser Kampf äußert sich beispielsweise auf vielfältige Art als „Kampf um Arbeitsplätze“. Auch exzessive Marketingmaßnahmen sind ein Symptom des Kampfes um Nachfrage.

<sup>5</sup> Oft wird eingewendet, dass dann ja gar kein Anreiz mehr für Produktivitätsverbesserungen besteht. Das ist falsch. Produktivitätsverbesserungen verbessern das Einkommen. Und es gibt nach wie vor einen Wettbewerb um die besten und günstigsten Produkte. Aber sozusagen keinen Wettkampf ums Überleben mehr.

alternativen Ansätzen gemacht werden könnten, würden andere Länder durchaus zu Nachahmern werden.

Wenn die zusätzlich erforderliche Nachfrage nach griechischen Produkten nicht aus dem Ausland abgezogen werden soll (per äußerer oder interner Abwertung), bleibt nur noch die Möglichkeit zusätzlicher staatlicher Nachfrage oder privater Binnennachfrage (Konsum und Investitionen). Da in der heutigen Staatsverschuldungssituation Griechenland (wie andere Länder auch) nicht mehr in der Lage ist, schuldenfinanziert die *staatliche* Nachfrage zu erhöhen, sind Lösungen angesagt, um die *private* Nachfrage zu erhöhen – geldpolitische Lösungen:

**Die geldpolitische Lösung, die das SffO im Allgemeinen und hier für Griechenland im Besonderen vertritt**, sieht eine andere Geldpolitik bzw. die Einführung eines anders gestalteten Geldes vor, mit dem die Menschen anders umgehen. Die entscheidende **Verhaltensänderung** muss sein, dass das Geld nicht mehr gehortet wird, d.h. dass jeder Zahlungsfähige (also jeder, der gerade Geld hat), entweder auch einen Zahlungswillen hat und sein Geld ausgibt, oder aber seine Zahlungsfähigkeit an andere Zahlungswillige ausleiht, sprich anlegt.<sup>6,7,8</sup> Das Geld bleibt also am Fließen, die **Umlaufgeschwindigkeit ist höher** als heute. Sie muss so hoch sein, dass pro Zeiteinheit (z.B. Jahr) so viele Umsätze getätigt werden, dass alle Produktionskapazitäten ausgelastet sind, also dass alle Ressourcen, die für produktive Zwecke eingesetzt werden können und werden wollen, auch eingesetzt werden – statt brach zu liegen, also verschwendet zu werden. Volkswirte nennen diese Verschwendungsfreiheit auch „**Effizienz**“. Dieser *gesamtwirtschaftlichen* Effizienz steht heute eben noch im Wege, dass es für den *Einzelnen* wirtschaftlich attraktiv ist, Geld zu horten. Geldhortung darf nicht mehr individuell vorteilhaft sein, weil sie gesamtwirtschaftlich schädlich ist.<sup>9</sup> Geldhortung muss also so unattraktiv wie möglich werden – und so attraktiv wie nötig bleiben, um die Verwendung als Zahlungsmittel (die einen gewissen Geldbestand in der Kasse oder im Geldbeutel, also eine gewisse kleine Geldhortung erfordert) nicht zu gefährden.

---

<sup>6</sup> Für den Einzelnen kann es wirtschaftlich attraktiv sein, Geld zu horten, statt es auszugeben oder anzulegen, wenn Geld sich zur Wertaufbewahrung eignet, und zudem auch noch einen Liquiditätsvorteil und einen Sicherheitsvorteil im Vergleich zu Sachwerten, also Konsum- und Investitionsgütern hat. Als Volkswirt kann man die Wertaufbewahrung auch so beschreiben: der „Realzins von Geldhortung“ ist Null, wenn das Geld nicht altert (also wenn der „Nominalzins von Geldhortung“ Null ist), und wenn es auch keine Geldentwertung durch Inflation gibt.

Handlungsalternativen zur Geldhortung (Ausgeben oder Anlegen) finden dann nur statt, wenn sie im Vergleich zur Geldhortung wirtschaftlich attraktiv genug sind. So findet eine Anlage nur statt, wenn sie einen Realzins erwirtschaftet, der jenen der Geldhortung übersteigt und außerdem für die geringere Liquidität und das höhere Risiko kompensiert. Hier wird deutlich, dass die Attraktivität der Geldhortung verantwortlich ist für positive Realzinsen und den Wachstumszwang der Realwirtschaft. Ob Geld für Konsumzwecke heute ausgegeben wird, oder der Konsum für einen zukünftigen Zeitpunkt geplant wird, ist ebenfalls abhängig von den Realzinsen (für Volkswirte: Stichwort „Eulergleichung“); bei einem höheren Realzins sind die „Opportunitätskosten“ des heutigen Konsums höher und es wird daher heute weniger konsumiert. Kurz: die Attraktivität der Geldhortung schwächt sowohl die Konsumgüternachfrage als auch das Geldkapitalangebot (und damit die Investitionsgüternachfrage).

<sup>7</sup> Die Verhaltensänderung spiegelt eine verschlechterte Verhandlungsposition der Geldhalter (der Zahlungsfähigen, der potenziellen Nachfrager) in Relation zu der Verhandlungsposition der potenziellen Anbieter bzw. Produzenten wieder. Beide Seiten werden mehr auf Augenhöhe gebracht. Denn die potenziellen Produzenten *müssen* ständig produzieren und verkaufen, um ihren Lebensunterhalt laufend zu erwirtschaften – einen Druck, den die Geldhalter bislang nicht kannten, weil sie mit dem Geldausgeben verlustfrei warten konnten.

<sup>8</sup> Es steht noch aus, die gesamtwirtschaftlichen Veränderungen aufgrund eines anderen Geldes und den damit einhergehenden Verhaltensänderungen der Haushalte zu untersuchen mit den üblichen Methoden der modernen Makroökonomie (zum Beispiel nekeynesianisches Modell).

<sup>9</sup> Volkswirte, die mit der Spieltheorie arbeiten, sprechen in diesem Zusammenhang von einem „Gefangenendilemma“. Würde jeder Einzelne anders – kooperativ – handeln, so würde sich jeder Einzelne besser stellen. Dem steht im Wege, dass es für den Einzelnen Sinn macht, von diesem Verhalten abzuweichen. Und wenn dies jeder tut, landen alle „im schlechten Gleichgewicht“.

**Die Tagung behandelte zwei Alternativen<sup>10</sup>, wie man ein solches hortungs-unattraktives Geld (Arbeitstitel im Folgenden: „Neodrachme“) in Griechenland einführen könnte:**

- Die erste Alternative ist Geldentwertung, also eine griechische **Parallelwährung** mit einer eigenen (lockeren) Geldpolitik (**Inflationsziel „unter, aber nahe 5%“**): hier verliert das Geld an Wert, weil das Preisniveau steigt. Die Parallelwährung wäre frei konvertibel zu anderen Währungen; aufgrund der kontinuierlichen Inflation (Verlust an Binnenwert) wäre eine kontinuierliche Abwertung (Verlust an Außenwert) zu erwarten, welche die Inlandspreissteigerungen für Ausländer ausgleicht.
- Die zweite Alternative ist Geldalterung, also ein **alterndes Parallelgeld** (Wertverlust bzw. Bargeldgebühr i.H.v. 5% p.a.): hier bleibt zwar der Geldwert stabil, weil das Preisniveau nicht steigt, aber das Geldzeichen an sich wird weniger. Ein Parallelgeld ist eins zu eins an den Euro gebunden.

**Ein weiterer Vorteil, den eine Parallelwährung oder ein Parallelgeld im Vergleich zum Euroaustritt mit sich bringt, ist, dass Griechenland im Euro-Raum bleibt**, d.h. der einheitliche Wertmaßstab (d.h. die Preisvergleichs-Transparenz) des Euros bleibt erhalten, und damit die Schärfe des Wettbewerbs, der Arbeitsteilung und der Spezialisierung im Euro-Raum.<sup>11</sup>

Durch die umlaufgesicherte Neodrachme werden alle Produktionskapazitäten ausgelastet, sodass bisher ungebrauchte Produktionskapazitäten nun Einkommen abwerfen (selbst wenn sie relativ unproduktiv sind!) und das griechische Volkseinkommen steigt. Die Höhe des Einkommens (des Einzelnen wie des Volkes insgesamt) ist nach oben durch die Produktivität begrenzt.

#### 1.4. Überblick über die weitere Tagung:

Die erste Alternative wurde von **Prof. Thomas Huth** (Siehe 4.) behandelt, die zweite von **Eckhard Behrens** (Siehe 5.). Am Ende behandelte **Dr. Hugo Godschalk** (Siehe 6.) ökonomisch, rechtlich und technisch bedeutsame Fragen der Ausgestaltung einer Neodrachme.

Vor all diesen auf Griechenland bezogenen Vorträgen war jedoch ein räumlich etwas näher liegender Vortrag an der Reihe, aus dem man einiges für die Gestaltung einer „Neodrachme“ lernen konnte: **Christian Gelleri** sprach über den „Chiemgauer“.

---

<sup>10</sup> In der Tagung wurde auf politisch eher realistische Vorschläge Wert gelegt. Politisch realistischer ist die zweite Alternative „Parallelgeld“. Die Alternative „Parallelwährung“ wird dagegen von Vielen als Vorbereitung des Ausstiegs aus dem Euro-Verband angesehen werden, und ist europapolitisch problematischer. Es wird dann heißen: Wehret den Anfängen. Die Diskussion der Parallelwährung hat aber didaktischen Wert wegen des Vergleichs mit dem Euroaustritt. Eine dritte – politisch noch unrealistischere, aber noch bessere Alternative – wurde in der Tagung nicht besprochen: eine Parallelwährung mit Nullinflation, aber alterndem Geld. So könnte die Nachfrage und die Auslastung der Produktionskapazitäten genauso wie bei den Alternativen eins und zwei gesteigert werden – aber bei stabilen Preisen! Die Neodrachme-Preise wären also stabiler als die Euro-Preise!

<sup>11</sup> D.h.: die Griechen (i) stellen für den Export ins europäische Ausland das her, was sie besser als andere herstellen können, (ii) werden in den übrigen Bereichen besser oder überlassen sie den anderen.

## 2. Das Regiogeld als Bürgerinitiative – Christian Gelleri, Rosenheim

Der Vortrag von Christian Gelleri, Vorsitzender des Chiemgauer e.V. und Initiator des Regiogeldes „Chiemgauer“, brachte Erfahrungen aus der Realität mit einem **alternden Parallelgeld (auf regionaler Ebene)** in die Tagung.

Zunächst zeichnete Gelleri ein Bild deutscher Regiogeld-Initiativen mit ihren konzeptionellen Unterschieden, bevor er die Funktionsweise des Chiemgauers erläuterte. In Deutschland gibt es 28 emittierende und 37 startende Regiogeld-Initiativen. Grundsätzlich unterscheiden kann man Regiogelder nach dem Kriterium, ob sie konvertibel (z.B. zum Euro) sind oder nicht. Nicht konvertibel und damit in einem vom Euro abgetrennten Kreislauf sind beispielsweise der „Talentering Vorarlberg“ oder der „RegioSTAR Miteinand“. Konvertibel hingegen sind beispielsweise der „Chiemgauer“, der „Sterntaler“ und die „Talentegutscheine Vorarlberg“. Ein Unterschied des Chiemgauers zu einigen anderen Regiogeldern ist auch, dass er kein gebundener Gutschein ist, der nur für ein Geschäft verwendet wird, sondern dass er (wie auch der Euro) beliebig oft verwendet werden kann, also beliebig viele Umsätze bewerkstelligen kann.

Der Chiemgauer hat zwar (noch) keine Relevanz im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), wird aber als erfolgreichstes Regiogeld in Deutschland von der Bundesbank beachtet. Das weltweit erfolgreichste Regiogeld ist das „WIR-Geld“ von der WIR-Bank in der Schweiz – allerdings hat es seit einiger Zeit sein Niveau erreicht und verbreitet sich nicht mehr weiter. Die WIR-Bank macht ihr Hauptgeschäft mittlerweile mit den üblichen Schweizer Franken (CHF).

Wie funktioniert der Chiemgauer?

Einmal in der Hand eines Konsumenten, wird der Chiemgauer im Vergleich zum Euro schneller ausgegeben, weil er 2% pro Quartal, d.h. etwa **8% per annum an Wert verliert**. Um den Wert eines Scheines (Münzen gibt es nicht) aufrecht zu erhalten, muss man entsprechende Marken kaufen und aufkleben. Dieser Wertverlust bzw. diese Bargeldgebühr ist ein weiteres Kriterium, nach dem man verschiedene (Regio-)Gelder unterscheiden kann. Die Bargeldgebühr ist eine Gebühr, die anfällt, wenn man das Geld hält bzw. hortet. Die Gebühr wirkt entsprechend einer Hortung entgegen und bewirkt eine zügige Weitergabe des Geldes. Gleichzeitig ist sie Einnahmequelle für die Verwaltungskosten des Vereins.

Wie kommt der Chiemgauer ganz am Anfang in die Hände der Konsumenten? Jeder kann sich Chiemgauer kaufen bzw. ertauschen (mit **Euro, Kurs 1:1**). Tauscht ein Bürger 100 Euro in 100 Chiemgauer, kann er sich aussuchen, an welches **gemeinnützige Projekt** 3 Euro fließen sollen. Diese 3 Euro spendet nicht der Bürger selbst, sondern der Chiemgauer-Herausgeber. Diese 3 Euro hat der Herausgeber automatisch „übrig“. Der Grund dafür ist, dass der Herausgeber von den 100 erhaltenen Euro nur 95 Euro zurücklegen muss, für den Fall, dass der Bürger die Chiemgauer später wieder in Euro zurücktauschen möchte (bzw. nicht unbedingt der ursprüngliche Bürger, sondern evtl. auch jemand, der die Chiemgauer in seinem Geschäft angenommen hat) – denn es gibt eine **Rücktauschgebühr i.H.v. 5%**. 5 Euro stehen also zur Verfügung; sie werden geschöpft. Davon gehen eben 3 Euro an ein gemeinnütziges Projekt. Die anderen 2 Euro stehen für die Chiemgauer-Verwaltung zur Verfügung (u.a. Herstellung der Scheine, Rücklagen für Mikrokredit-Ausfälle, s.u.).

Damit der Chiemgauer genutzt wird, ist entscheidend, dass es genug Menschen gibt,

- a. die ihn nehmen, d.h. ihn entweder eintauschen und damit in Umlauf bringen (wie der Bürger im obigen Beispiel), oder ihn in einem Geschäft als Zahlungsmittel annehmen
- b. die ihn in einem Geschäft als Zahlungsmittel benutzen, d.h. weitergeben, statt ihn in Euro zurückzutauschen oder statt ihn zu horten

Entsprechende Anreize bestehen. Das in Umlauf bringen ist kostenlos und unaufwendig; gleichzeitig ist die 3%-Spende eine große Motivation<sup>12</sup>. Des Weiteren sind der Unterstützungswille und das Motiv, dass man mit der Nutzung des Chiemgauer „Politik machen“ kann, die **regionale Wirtschaft fördern** kann, nicht zu unterschätzen. Die größte Hemmschwelle besteht hingegen darin, dass nicht alle Läden und Unternehmen den Chiemgauer annehmen, man also eingeschränkt bei der Auswahl ist. Allerdings genügt es ja, wenn man nur in jenem Umfang Chiemgauer eintauscht, wie man sie auch in den regionalen Unternehmen ausgeben kann.

Die größte Hemmschwelle für ein Unternehmen, den Chiemgauer zu akzeptieren, ist ebenfalls die Einschränkung bei den Weitergabe-Möglichkeiten bzw. die Rücktauschgebühren i.H.v. 5%. Aber gerade weil es für den Konsumenten eine Einschränkung ist, wenn ein Unternehmen den Chiemgauer nicht annimmt, ist es für ein solches Unternehmen oft profitabler, auch mitzumachen, weil der Erwartungswert<sup>13</sup> der Rücktauschkosten übertroffen wird von den zusätzlichen Erträgen und von den Effekten eines besseren Images. Da der Rücktausch 5% kostet, wird das Unternehmen die eingekommenen Chiemgauer ebenfalls weitergeben wollen, d.h. entweder für den Einkauf bei anderen teilnehmenden Unternehmen nutzen, oder aber zur Lohnzahlung an die Mitarbeiter verwenden. Für diese, wie für jeden Bürger, kann jeweils ein „**Chiemgauer-Konto**“ eingerichtet werden.

Hat man ein „Chiemgauer-Konto“, kann man mittlerweile auch bargeldlos bzw. elektronisch mit Chiemgauer bezahlen (per Chiemgauer-Karte), oder auch Chiemgauer „abheben“, indem man die Herausgabe von Chiemgauer-Scheinen elektronisch von seinem „Chiemgauer-Konto“ aus bezahlt. Der elektronische Zahlungsverkehr läuft über das übliche Bankensystem. Im Hintergrund jedes „Chiemgauer-Kontos“ steht ein ganz normales Euro-Konto, verwaltet von einer normalen Bank. Die Sparkasse bietet „Chiemgauer-Konten“ kostenfrei an, und hat damit ähnlich wie alle teilnehmenden Unternehmen einen Image-Vorteil.

Bezahlt man seine Einkäufe elektronisch vom eigenen „Chiemgauer-Konto“ aus, so geht die Überweisung an den Verkäufer entweder auf sein „Chiemgauer-Konto“ oder an sein Euro-Konto, falls er nicht am Chiemgauer teilnimmt. Da der letztere Fall wieder einen Rücktausch in Euro darstellt, wird dem Einkäufer eine Rechnung i.H.v. 5% des Einkaufswertes geschickt (die dazu nötige Information erhält der Chiemgauer-Herausgeber vom Rechenzentrum der VR-Banken). Entsprechend wird der Einkäufer seine Läden wählen bzw. Läden dazu überzeugen, auch mitzumachen (s.o.).

Soweit funktioniert der Chiemgauer als **Zahlungsmittel**, sei es für Kaufvorgänge oder Schenkungen (Projektspenden). Aber er funktioniert auch als **Investitionsmittel**. Es gibt

---

<sup>12</sup> Dass drei Prozent einem gemeinnützigen Dritten zu Gute kommen, stellt offenbar einen größeren Anreiz dar, mitzumachen, als wenn man selbst einen Vorteil in dieser Größenordnung hätte. Vermutlich müsste man einen persönlichen Vorteil i.H.v. 10% konzipieren, um die gleiche Anreizwirkung zu erreichen. Dann müsste man zur Finanzierung aber die Rücktauschgebühr sehr hoch setzen, was das ganze System vermutlich undurchführbar machen würde. Ein weiterer strategischer Vorteil der Projektspenden ist, dass die Empfänger Vereine sind, und Vereine immer gute Multiplikatoren sind, d.h. sie können ihre Mitglieder dazu animieren, sich Chiemgauer einzutauschen und zu nutzen, oder aber appellieren, den Chiemgauer anzunehmen

<sup>13</sup> Die Rücktauschkosten fallen ja nur mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit an – im Falle, dass das Unternehmen keine Möglichkeit sucht oder findet, die Chiemgauer selbst zu nutzen.



mittlerweile beispielsweise **zinsfreie Mikrokredite** in Chiemgauer (Auch hierdurch werden Chiemgauer in Umlauf gebracht). Diese und andere positive Entwicklungen sind in folgender Tabelle zusammengefasst.

Tabelle 1:

<b>Jahr</b>	<b>2003</b>	<b>2010</b>
<b>Unternehmen</b>	80	583
<b>Vereine</b>	2	216
<b>Verbraucher</b>	70	2137
<b>Eintausch</b>	60000 Chiemgauer	1,5 Mio. Chiemgauer
<b>3%-Bonus an Vereine</b>	1800 Euro	45000 Euro
<b>Anbieter-Umsatz</b>	70000 Chiemgauer	5 Mio. Chiemgauer
<b>Rücktauschquote</b>	90%	28%
<b>Kosten Anbieter</b>	3,9%	2,5%
<b>Systemkosten</b>	3030 Euro	125000 Euro ( <b>Siehe Tab. 2</b> )
<b>Mikrokredite</b>	0	500000 Euro

Die Mikrokredite werden von der GLS-Bank verwaltet, aber der Chiemgauer-Herausgeber entscheidet und haftet. Die Einlagen auf den Chiemgauer-Konten sind zinsfrei, Ausgaben für den Herausgeber bestehen jedoch in der Verwaltung der Kredite und für Ausfälle. Diese Kosten können von den für die Verwaltung zur Verfügung stehenden Mittel gedeckt werden, sodass die Mikrokredite zinsfrei vergeben werden können.

Tabelle 2:

<b>Einnahmen 2010: 125000 Euro</b>	<b>Systemkosten 2010: 125000 Euro</b>
5% von 1,5 Mio. (Geldschöpfung) = 75000	3% von 1,5 Mio. = 45000
Mitgliedsbeiträge = 40000	Sachkosten = 50000
Bargeldgebühr-Einnahmen = 10000	Personal (20 Ehrenamtliche) = 30000

**Bezogen auf Griechenland** ist zu betonen, dass ein zum Euro paralleles griechisches Geld ein ganz anderes Potenzial hat, weil ein Staat hinter der Sache steht. Ein Staat kann **per Gesetz einen Annahmewang** des Parallelgeldes festlegen. So entfielen die Notwendigkeit eines Verbreitungsprozesses, d.h. die Notwendigkeit, Konsumenten und Unternehmen zum Mitmachen zu überzeugen. Die damit verbundenen Werbungskosten entfielen. Außerdem kann ein **Staat den Großteil des Geldes in Umlauf bringen**, indem er alle seine Ausgaben mit Parallelgeld tätigt. Und schließlich kann es per Definition keine Schwierigkeiten mit den Behörden geben (der Chiemgauer wird sehr genau angeschaut...).

### 3. Grußwort, Dr. Michael Vogelsang

In der Ökonomenstimme (<http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2011/11/doppelwaehrung-eine-alternative-fuer-die-zukunft-des-euroraums/>) schlug Herr Dr. Michael Vogelsang am 07.11.2011 eine **Doppelwährung** für Griechenland vor, wenn auch **ohne explizite Umlaufsicherung**<sup>14</sup>. Zur Tagung konnte er nicht kommen, aber er schickte ein Grußwort.

---

<sup>14</sup> Die Umlaufsicherung fehlt auch in dem Vorschlag von Prof. Arno Gahrman in der taz vom 29.09.2011 ([www.taz.de/!79075/](http://www.taz.de/!79075/)), in Griechenland die Drachme als nicht konvertible nationale Währung wieder einzuführen, ohne aus der Euro-Währungsunion auszutreten. Dabei wurde auf das Regionalgeld OVOLO aufmerksam gemacht, über das in der deutschen Presse vielfach kurz berichtet worden war. Vom Anliegen des SffO unterscheidet sich der taz-Kommentar neben der Frage der Konvertibilität hauptsächlich durch das Fehlen einer Umlaufsicherung. Er vertraut – wie der OVOLO – auf zusätzliche Umsätze in der nationalen Zweitwährung. Diese wird es zweifellos geben, aber wohl kaum Vollbeschäftigung aller volkswirtschaftlichen Ressourcen. Diese ist nur von einem umlaufgesicherten Geld zu erwarten. Deshalb kann man auch nicht darauf hoffen, dass die Altlast an Staatsschulden ohne einen Schuldenschnitt (geregelt oder unregelt Insolvenz) bewältigt werden kann.

#### 4. Nationale Parallelwährungen in der Euro-Währungsunion – Prof. Dr. Thomas Huth, Uni Lüneburg

Professor Thomas Huth begann seinen Vortrag mit einigen Worten zum Währungsraum „Eurozone“, bevor er zum Thema Staatsverschuldung kam und ähnlich wie Behrens den Status Quo und die Optionen Griechenlands betrachtete. Der Vortrag mündete dann in die Besprechung der Einführung einer nationalen Parallelwährung und auch nach damit möglicherweise verbundenen Problemen.

Nach der Theorie des optimalen Währungsraumes – und gemäß dem Mainstream-Denken – stellen die USA zwar einen **optimalen Währungsraum** dar, nicht aber die Eurozone, weil es erstens keinen europäischen Bundesstaat gibt, und zweitens auch keine Europa-Begeisterung ähnlich wie den Nationalstolz der Amerikaner. Zur Eurozone muss man auch wissen, dass die Aufnahme von Griechenland und Italien nach den Konvergenzkriterien (laufendes Budgetdefizit in % vom BIP maximal 3%, Gesamtschuldenstand in % des BIP maximal 60%) und nach ökonomischen Kriterien zweifelhaft war, jedoch aus politischen Gründen erfolgte. Griechenland wurde aus geopolitischen Gründen aufgenommen, und Italien, weil es Gründungsmitglied der EU war und drittgrößte Volkswirtschaft der EU ist.

Zur **Staatsverschuldung** machte Huth deutlich, dass nicht nur die Netto-Neuverschuldung von Veränderungen des Zinssatzes für Staatsanleihen („Bonds“) getroffen wird, sondern die gesamte Neuverschuldung. Es werden nämlich auch – leider selbstverständlicherweise – neue Schulden aufgenommen, um jene Altschulden zu begleichen, die ihre Frist erreicht haben und getilgt werden müssen. Das „Tilgen“ alter Schulden durch neue Schulden wird „Roll-over“ genannt. In Deutschland werden so jährlich etwa 350 Milliarden Euro umgewälzt (etwa ein Fünftel des Gesamtschuldenstandes, da die durchschnittliche Laufzeit von Bonds 5 Jahre beträgt).

Nicht nur die Tilgung, sondern auch die Begleichung der Zinskosten erfolgt durch Aufnahme neuer Schulden. Solange alle Marktteilnehmer ruhig bleiben, funktioniert dieses Schneeballsystem insofern, als dass lediglich „irgendwann ein paar Nullen gestrichen werden müssen“, wie Huth es formulierte. In Griechenland blieben die Marktteilnehmer nicht ruhig, sondern es kommt zum „Showdown“: es gibt für das Roll-Over seit einiger Zeit nicht mehr ausreichend bereitwillige Gläubiger, sodass der Zinssatz für griechische Bonds stark angestiegen ist. Dies treibt den griechischen Staat in die **Zahlungsunfähigkeit**.

Huth erläuterte, dass es in der Eurozone eine relativ starke Streuung von Produktivitäten (die nur langfristig verändert werden können) gibt: so gibt es produktivere Volkswirtschaften wie die deutsche, die viel Nachfrage auf sich ziehen (Stichwort Exportstärke) und weniger produktivere Volkswirtschaften wie die griechische. Produktivitätsschwache Volkswirtschaften bzw. deren Unternehmen und deren Angestellte geraten in wirtschaftliche Überlebensschwierigkeiten. Das ist in Griechenland in Form von sehr schwach ausgelasteten Produktionskapazitäten (Arbeitslosigkeit, stillstehende Unternehmen) beobachtbar.

Übliche **Scharniere zum kurzfristigen Ausgleich der in der kurzen Frist unveränderbaren Produktivitätsnachteile einer Volkswirtschaft** (hier Griechenland) sind – wie teilweise schon vorher bei Herrn Eckhard Behrens besprochen:

1. (Äußere) Abwertung nach einem Euro-Austritt Griechenlands
2. „Interne Abwertung“: Produktionskostensenkung jenseits von Produktivitätssteigerungen (durch u.a. Reallohnsenkungen, und auch durch Unternehmenssteuersenkungen)

### 3. Faktorauswanderungen (z.B. Arbeitsmigration) in die produktiveren Volkswirtschaften

Das zweite Scharnier ist momentan zu beobachten, unterliegt aber Akzeptanzgrenzen in der Bevölkerung (ebenfalls zu beobachten); das dritte Scharnier unterliegt gewissen Mobilitätsgrenzen.

Können die genannten Scharniere nicht ausreichend wirken oder sind sie aus bestimmten Gründen nicht erwünscht, gibt es noch folgende Optionen, um die griechische Volkswirtschaft am Leben zu erhalten:

4. Griechenland erhält weiter große Hilfen der Nachbarstaaten
5. Griechenlands (u.a.) Staatsanleihen werden in großem Umfang günstig von der EZB angekauft

Option vier läuft derzeit. Hier wird Griechenland auf Kosten der anderen Euro-Länder geholfen, was diese selbst (noch mehr) in Finanzierungsschwierigkeiten bringen kann, und was außerdem mit Souveränitätseinschränkungen und einer Politik der „internen Abwertung“ einhergeht. Die Bond-Ankäufe (Option fünf) der EZB finden schon statt, allerdings noch nicht in großem Umfang. Eine Diskussion dieser Option findet an dieser Stelle nicht statt, ist aber sicherlich interessant.

Tagungsthema ist die folgende Option

6. Griechenland erhält eine „**Neodrachme**“ parallel zum Euro, entweder als Parallelwährung, die stärker als der Euro inflationiert, oder als ein alternendes Parallelgeld (Siehe dazu auch folgenden Abschnitt; Vortrag Eckhard Behrens)

Diese Option hat weniger Sprengkraft als der komplette Ausstieg aus dem Euro, weil Griechenland in der Eurozone bleibt, d.h. der Euro bleibt nach wie vor gesetzliches Zahlungsmittel in Griechenland.

Huth führte seinen Vortrag mit einigen Ausführungen zur Kaufkraftparität<sup>15</sup> und Zinsparität<sup>16</sup> – unter Nutzung der für Volkswirte bekannten Gleichungen – fort und zeigte durch Kombination beider Gleichungen, dass der Realzins identisch ist (bzw. sein muss), egal ob auf dem Güter- und Kapitalmarkt der weniger inflationierende Euro oder die stärker inflationierende Neodrachme (als Parallelwährung) verwendet wird. Der Realzins könne also gar nicht sinken, was aber wünschenswert wäre.

Dieses Ergebnis gilt auch im Falle eines Parallelgeldes, welches eins zu eins an den Euro gekoppelt (d.h. identische Inflation) ist und bleibt, aber welches „altert“. Denn gäbe es niedrigere

---

<sup>15</sup> Das theoretische Konzept der Kaufkraftparität bedeutet, dass Preisniveauentwicklungen (bzw. Geldwertentwicklungen) einerseits und Wechselkursentwicklungen andererseits derart sind, dass es für den Konsumenten keinen Unterschied macht, in welcher Währung er bestimmte Güter kauft. Angenommen die Neodrachme inflationiert mit 5% p.a., und der Euro mit 2% p.a.. Dann steigen die in Neodrachme ausgezeichneten Preise eines bestimmten Warenkorbes stärker als die in Euro ausgezeichneten Preise. Wenn man plant, den Warenkorb zu einem zukünftigen Zeitpunkt zu kaufen, wird es trotz der unterschiedlichen Preisentwicklung keinen Unterschied machen, ob man in Neodrachme oder Euro zahlt. Der Grund ist, dass sich der Wechselkurs zwischen ND und EUR der Veränderung der Kaufkraft anpasst.

<sup>16</sup> Das theoretische Konzept der Zinsparität ist ähnlich dem der Kaufkraftparität, mit dem Unterschied, dass es sich nicht auf Güter(märkte), sondern auf Kapital(märkte) bezieht. Es sagt, dass die Nominalzinsen von Anlagen in verschiedenen Währungen einerseits und die Wechselkursentwicklungen andererseits derart sind, dass es keinen Unterschied macht, in welcher Währung man sein Geld anlegt.

Realzinsen für Neodrachme-Anlagen, würde jeder Anleger sofort eins zu eins in den Euro umtauschen und in Euro anlegen.

**Das entscheidende ist, dass in den Gleichungen ein wichtiges Element, was man bereits vom Chiemgauer kennt, nicht berücksichtigt wird<sup>17</sup>: während man Euro in Neodrachme zu einem bestimmten Wechselkurs (bzw. eins zu eins, im Falle eines Parallelgeldes) tauschen kann, kann ein Rücktausch nicht zum identischen Wechselkurs erfolgen, sondern nur unter Abzug einer Rücktauschgebühr (beim Chiemgauer i.H.v. 5% vom Tauschbetrag). Diese Rücktauschgebühr grenzt den Gebrauch der Neodrachme (sei sie eine Parallelwährung oder ein Parallelgeld) vom Gebrauch des Euro ab – die Geldströme von Neodrachme und Euro werden auf Abstand gehalten.**

Diese Hürde gewährleistet, dass das Realzinsniveau in der Parallel-Marktwirtschaft geringer sein kann, und auch, dass die Neodrachme überhaupt gebraucht wird. Denn ohne Rücktauschgebühr würde jeder jede Neodrachme möglichst sofort in Euro umtauschen, weil die Euro-Preise nicht so schnell steigen (geringere Inflation) bzw. weil der Euro nicht altert.

Der Gebrauch der Neodrachme ist natürlich entscheidend dafür, dass kein Geld mehr gehortet wird und alle Produktionskapazitäten ausgelastet werden (Siehe Abschnitt 1.3).

---

<sup>17</sup> Eine Aktualisierung der wirtschaftswissenschaftlichen Gleichungen, die dieses Element mitberücksichtigt, steht noch aus.

## 5. Nationales Parallelgeld als staatliche Initiative – Eckhard Behrens, Heidelberg

Eckhard Behrens machte den allgemeinen Unterschied deutlich, der zwischen einerseits einer griechischen *Parallelwährung* zum Euro und andererseits einem griechischen *Parallelgeld* zum Euro besteht, um danach die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Wirkungen auf die Situation in Griechenland zu erörtern.

Ist die Neodrachme eine **Parallelwährung**, so steuert eine Zentralbank die Geldwertentwicklung<sup>18</sup> der Neodrachme, und damit auch die Entwicklung der Wechselkurse der Neodrachme zu anderen Währungen. Die Neodrachme als Parallelwährung hat also eine **eigene** (von der Währung Euro unterschiedliche) **Wertentwicklung und Wechselkursentwicklung**.

Ein Parallelgeld (Neodrachme) dagegen ist fest, eins zu eins, an eine bestimmte Währung (Euro) gekoppelt, d.h. die Wertentwicklung des Parallelgeldes folgt exakt der Wertentwicklung des Euros. **Ein Parallelgeld hat keine eigene Wertentwicklung, und auch keinen eigenen Wechselkurs zu anderen Währungen.** D.h. die Einführung eines Parallelgeldes, also eines parallelen Zahlungsmittels, würde im Unterschied zu der Einführung einer Parallelwährung (die abwertet) gar nichts bewirken – wenn es genauso gestaltet wäre wie der Euro, nämlich nicht-alternd. Sinn macht eine Einführung eines Parallelgeldes nur, wenn es altert, d.h. alle Scheine und Münzen ständig bzw. regelmäßig an Nennwert (Nominalwert) verlieren, ganz ähnlich dem Chiemgauer-Schein, der jedes Quartal 2% an Nennwert verliert.

**Die Wirkung eines (stärker als der nicht-alternde Euro) alternden Parallelgeldes ist äquivalent zu der Wirkung einer stärker als der Euro inflationierenden Parallelwährung.** Die Wirkung ist qualitativ äquivalent, weil in beiden Fällen die Neodrachme schneller umläuft, und griechische Produktionskapazitäten besser ausgelastet werden. Und von der Annahme ausgehend, dass der Euro (wie gewohnt) 2% p.a. inflationiert, ist die Wirkung *quantitativ* äquivalent, wenn man beispielsweise ein 3% p.a. alterndes Parallelgeld mit einer 5% p.a. inflationierenden Parallelwährung vergleicht. In beiden Fällen ist der Kaufkraftverlust eines Neodrachmenhalters 5% p.a., also 3% stärker als der Kaufkraftverlust eines Eurohalters.

**Vorteile des Parallelgeldes zur Parallelwährung sind**, dass erstens die Preise in Griechenland in Neodrachme und in Euro aufgrund des 1:1 Tauschverhältnisses gleich lauten, und daher nicht wie im Falle einer stärker inflationierenden Parallelwährung doppelt ausgezeichnet werden müssen (weil sich dann ja die Preise in Euro und Neodrachme unterschiedlich entwickeln). Zweitens gibt es nicht wie bei einer Parallelwährung Wechselkursrisiken, die bei Geschäften über einen längeren Zeitraum von einem der beiden Vertragspartner getragen werden müssen.

**Entscheidend**, um den schnelleren Neodrachmenumlauf zu bewirken, ist wie bei einer Parallelwährung auch bei einem Parallelgeld, dass es eine **Rücktauschgebühr** für den Tausch von Neodrachme in Euro gibt (siehe Abschnitt 4). Wobei zu bedenken ist, dass die Rücktauschgebühr bei einer Parallelwährung eventuell niedriger angesetzt werden kann, weil schon alleine das Wechselkursrisiko eine gewisse Hürde darstellt, Neodrachmen immer in Euro umzutauschen.

---

<sup>18</sup> „Geldwertentwicklung“ heißt quasi „Preisniveaumentwicklung“: bei einer Inflationsrate der Neodrachme i.H.v. beispielsweise 5% p.a., steigen die in Neodrachme ausgezeichneten Preise durchschnittlich um 5% p.a. D.h. wenn man mit 100 Neodrachmen (100 ND) heute einen gewissen Warenkorb kaufen kann, kann man ein Jahr später mit 100 ND nur noch etwa 95% des Warenkorbes kaufen.

## 6. Technische und rechtliche Fragen zum nationalen Parallelgeld – Dr. Hugo Godschalk, Frankfurt am Main

Zum Abschluss der Tagung gab Dr. Hugo Godschalk einen detailreichen Überblick darüber, welche Gestaltungsmöglichkeiten und -fragen sich für eine „Neodrachme“ ergeben. Godschalk verwendete den allgemeinen Begriff „Nebengeld“<sup>19</sup> für Geld, das Geld im ökonomischen Sinne (d.h. nicht nur ein Gutschein) ist, und neben der staatlichen (National-)währung bzw. neben dem gesetzlichen Zahlungsmittel existiert. Gerade angesichts der Tatsache, dass **es sich bei der Neodrachme für Griechenland nicht um ein privates Nebengeld (wie den Chiemgauer), sondern um ein staatliches Nebengeld handelt**, ergeben sich viele Gestaltungsoptionen. Godschalk nahm sowohl die ökonomische als auch die rechtliche Perspektive ein, und auch technische Aspekte wurden besprochen.

Ein *staatliches* Nebengeld kann einer eigenen Geldpolitik unterliegen – zuvor wurde in diesem Zusammenhang von einer *Parallelwährung* gesprochen. Der Wechselkurs kann fest oder flexibel zu der üblichen staatlichen Währung sein.

Auch Godschalk betonte noch einmal, dass es ein wichtiger Unterschied ist, ob die Neodrachme frei in Euro getauscht werden kann, oder ob es Hürden wie eine Rücktauschgebühr gibt, sodass das Parallelgeldsystem **eher ein geschlossenes System** (wie z.B. das **WIR-System** in der Schweiz) ist.

Ein staatliches Parallelgeld dürfe nicht nur in Form von Bargeld existieren, sondern müsse auch in anderen Formen (Giralgeld) existieren, denn sonst würden wichtige Kreislaufströme nicht tangiert und ohne das Parallelgeld stattfinden. Godschalk erwähnte in diesem Zusammenhang, dass so etwas wie die „Deutschland-Card“ auch ein Parallelgeld ist, aber eben kein Bargeld, sondern eher verstecktes „digitales Geld“ oder „E-Geld“. Es gebe also deutlich mehr Parallelgelder als nur die Bargeld-Initiativen wie den Chiemgauer. In Anlehnung an die Wettbewerbsidee der Marktwirtschaft befürwortete Godschalk eine **Vielfalt von Geldern**, weil dies wahrscheinlicher machen würde, dass das Angebot und die Nachfrage nach Geld in Übereinstimmung gebracht würden – im Gegensatz zum Falle eines Geldmonopols.

Außerdem kann man einen Wettbewerb zwischen vielen Geldern ein Entdeckungsverfahren für bessere Gelder betrachten. So können systembedingte Nachteile des üblichen Geldes reduziert werden – zum Beispiel durch eine **Umlaufsicherung** oder **zinslose Kredite** (wie beim Chiemgauer). Man kann Geld-Innovationen aber auch als Umgehung bestehender Regulierung betrachten.

**Herausgeber eines privaten Nebengeldes** ist nicht eine (supra-) nationale Zentralbank, sondern können Banken, Firmen, öffentliche Instanzen, Vereine usw. sein. Je nach Zweck des privaten Nebengeldes können die Einsatzmöglichkeiten lokal, regional, oder sektoral begrenzt sein. Der Zweck ist oft durch ideelle und ökologische Motive gegeben (z. B. Tauschringe) oder durch das Motiv der Kundenbindung (z. B. CityCards, Miles & More).

Mögliche **Emissionswege von Nebengeld sind Kredit, Transfer** (Kauf oder Geschenk) **oder Tausch** (gegen Nationalwährung). So wird der Chiemgauer beispielsweise per Tausch und mittlerweile auch per Kredit emittiert. Ein *staatliches* Nebengeld wie die Neodrachme kann auch

---

<sup>19</sup> Der Begriff „Nebengeld“ sei ein bereits verwendeter juristischer Begriff, so Godschalk.

in großem Umfang per Transfer emittiert werden, indem der Staat alle seine Ausgaben in Neodrachme tätigt.

Einige Erheiterung brachte die **Fallstudie des „Santa Cruz“**, eines Notgeldes in den USA während der Weltwirtschaftskrise, weil darüber diskutiert wurde, wie das Geld wohl funktioniert habe. Auf einem Schein waren 50 Felder. Bei jedem Gebrauch (Umsatz) musste der Zahlungsempfänger seinen Namen eintragen und eine Marke aufkleben, deren Nennwert ein Fünfzigstel des Scheinnennwertes betrug (und die beim Santa-Cruz-Herausgeber in Dollar gekauft werden musste). Erst der letzte, also fünfzigste, Empfänger des Scheines konnte ihn dann beim Santa-Cruz-Herausgeber wieder in Dollar einlösen. Dieser hatte die dafür notwendige Deckung durch die Einnahmen des Markenverkaufs erzielt. Das Markenkleben beim Santa Cruz war keine Umlaufsicherung, sondern eher so etwas wie eine Umsatzsteuer.

Eine **Umlaufsicherung** hingegen ist beim Chiemgauer, aber auch beim WIR in der Schweiz gegeben. **Irving Fisher** brachte schon 1933 Nebengeld mit **Schwundgeld** in Verbindung, das war krisenbedingt (Weltwirtschaftskrise) und entsprechend hoch war die als Umlaufsicherung wirkende periodische Abwertung (2% pro Woche!). **Bislang wurde ein Schwundgeld nie auf national-staatlicher Ebene umgesetzt**; es gab stets nur lokale und temporäre Schwundgeldprojekte (Bargeld) als Privat-Nebengeld oder kommunales/regionales Nebengeld (**Wörgl** 1932, **Alberta** 1936). Letztere fanden ihr Ende durch Verbot (Europa) oder konjunkturbedingt (USA).

Last but not least nannte Godschalk einige **rechtliche Aspekte**:

- es gibt eine weitgehende Harmonisierung in Euro-Zone für die rechtliche (Un-) Zulässigkeit von Nebengeld, das nicht von einer Zentralbank herausgegeben wird
- bezüglich Bargeld ist das Euro-Banknotenmonopol der EZB zu nennen; außerdem gibt es unterschiedliche nationale Restriktionen für Nebengeld als Bargeld
- in Deutschland ist Nebengeldes gemäß § 35 BBankG verboten
- Einlagen- und Kreditgeschäfte sind nur Geschäftsbanken erlaubt, die durch die Zentralbank reguliert und beaufsichtigt werden
- Eigenständige und geschlossene Giralgeldkreisläufe in Nebenwährung (à la WIR) sind möglich; ggfs. nur als Kreditinstitut und unter Bankenaufsicht

**Godschalk schloss seinen Vortrag mit der Bemerkung, dass eine Nebengeld-Emission durch eine Zentralbank in der Euro-Zone (also ein staatliches Nebengeld) „Neuland“ ist.**